

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preisverzeichnisse für die Redaktion: Max Schenk, für den Einzelverkauf: Rudolf Kowanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungstag Dienstag und Freitag vormittags von 11—12 Uhr, Redaktionszeit vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27. — Belegpreis: Monats 1,25 Mark. Einzelhefte 2/10 ohne Postgebühr. Die Tagesblätter: 10 Pfennig. Anzeigenpreis: Die 7 Spaltenzeilen 30 Pfennig, Einzeiler von auswärts 40 Pfennig, im Reichweitei 25 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungserlöse Seite 411.

Nr. 53. Halle, Sonnabend, den 8. März 1919. 3. Jahrgang.

Belagerungszustand, Polizei und Fahnen.

Länger wie vier Kriegsjahre haben wir unter dem Belagerungszustand gelebt und haben geglaubt, es könnte nicht mehr anders sein. Als dann die Revolution diesen eisernen Rosten zerbrach, haben wir aufgetan, haben Muskeln und Sehnen gedehnt und haben erst dann gespürt, wie stark wir waren. Da lernten wir die Freiheit wieder schätzen, nur leider verstanden wir nicht immer, sie richtig zu gebrauchen. Doch sagten wir, nie wieder wollen wir unter das Joch des Belagerungszustandes kommen.

Jetzt ist uns die Fessel wieder angelegt, nur noch in verschärfter Form, so daß uns die ersten Tage das Ärmere schwer wurde und trotzdem — sagen wir es ehrlich — war uns der erste Tag des Belagerungszustandes, als wären wir von einem Alp befreit und hatten nur den einen Wunsch, daß der Belagerungszustand einen Tag früher verhängt worden wäre. Diesmal richtete er sich nicht gegen das Volk als Ganzes, sondern nur gegen Minderer, Verbrecher und Gefährliche, die Halle in wenigen Stunden zu einem Gefängnis gemacht haben und jeden ehrlichen Menschen vor Scham über diese Zustände erröten ließen.

Die Maßnahme hat gewirkt, das Gefindel hat sich verrohrt, das Volk atmet wieder auf, wesentliche Erleichterungen des Belagerungszustandes machen auch sonst die Bewegungen freier und Herr Böttge stellte im Arbeiterrat fest, daß der Belagerungszustand sich nicht gegen die Streikenden gerichtet habe, sondern nur gegen die Minderer, und gab sich damit zufrieden, daß der Belagerungszustand dann aufgehoben wird, wenn mit Sicherheit feststeht, daß keine gleichen Vororkommnisse wie in der Sonnabend- und Sonntagnacht passieren können. Auch wir verkennen nicht die Notwendigkeit des Belagerungszustandes, wie wir die Berechtigung seiner Verhängung anerkennen mußten, fordern aber doch ganz entschieden, daß der Belagerungszustand keinen Tag länger aufrechterhalten wird.

Als im Interesse der Sicherheit der Stadt unbedingt notwendig ist. Wir glauben, nach dem, wie die Verhandlungen bisher gelaufen, daß dieser Forderung, hinter der der größte Teil der hallischen Bevölkerung steht, baldmöglichst entsprochen wird.

Das Stadtbild ist nunmehr wieder das altgewohnte. Die Landesjäger, die sich noch vor wenigen Tagen nicht ohne Waffen auf den Straßen sehen lassen konnten, sind angeordnet und angeordnet wurden, sind jetzt friedlich zwischen dem Publikum und haben schon wieder ihr Viehchen. Auch die Straßenbahn ist im Gange und gibt der Straße einen Teil des städtischen Bildes wieder.

Aber auch unheimliche Begleiterscheinungen anderer Art haben sich bemerkbar gemacht. Uns sind verschiedene Klagen zugetragen worden über das Gebaren der Polizei. Sie soll gleich nach der Wiederherstellung der Ordnung den alten, bärstischen, rohen Ton dem Publikum gegenüber eingenommen haben, den man von ihr bis zum Ausbruch der Revolution gewohnt war. Wir wollen hoffen, daß das nicht ganz in dem Sinne zutrifft, wie es uns zugetragen wurde, und daß viel Schuld an der Erregung liegt, die die letzten Tage durchlitten. Trotzdem aber wollen wir eindringlich um Ausdruck bringen, daß es für alle Zeiten mit der Aufrechterhaltung des alten Regimes vorbei ist und daß wir jeder derartigen Beibehaltung, auch wenn es sich nur um die Art des Polizeidienstes handelt, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden. Frühlingsturm ist trotz alledem durch die deutschen Lande gegangen, hat neue Kräfte gemehrt, die morschen Stämme geluldet, dabei bleibt es.

Noch ein anderes war es, was allgemein auffiel. Sofort, als die Landesjäger Herr der Lage waren, waren die roten Fahnen

von den öffentlichen Gebäuden verschwunden und Schwarz-weiß und Schwarz-weiß-rot wehten vom Stadts- und Rathaus. Wir wurden sofort vorzeitig bei General- und Marschall und forderten, daß diese Fahnen gleichfalls entfernt würden, da sie im gegenwärtigen Augenblick und unter den gegebenen Verhältnissen unbedingt aufrechterhalten werden mußten und unbedingte Erregung unter die Bevölkerung brachten. Dabei wurde jedoch

stell, daß von militärischer Seite kein Einsehen der roten und kein Dissen anderer Fahnen angeordnet worden sei. Es wurde aber zugestimmt, für die Entfernung der Fahnen zu sorgen, was denn auch geschah.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man eine Fahne nicht Tag für Tag hinaushängt, sondern tageweise bei bestimmten Anlässen. Aus diesem Grunde verurteilen wir auch das ständige Hängen der roten Fahnen, ebenso wie wir uns gegen die Schwarz-weiß-roten Fahnen wandten. Die rote Fahne ist unser Symbol, die Schwarz-weiß-rote die der bürgerlichen Parteien, die neue Landesfahne ist Schwarz-rot-gold. An Privatwäusern können bei besonderen Anlässen die Eigenfahnen nach ihrer Überzeugung hinausgehängt und solange hängen lassen, wie es den Bewohnern beliebt. An die öffentlichen Gebäude gehören aber die Landesfarben, und wenn man die nicht hat, soll man das Flaggensetzwerk lassen. Es geht nicht, daß dabei einseitig verfahren wird und durch die Hissung einer Parteifahne Andersdenkende provoziert werden. Die Fahnenmischfunktion hat ja in dem letzten Jahrjahr hallischer Geschichte einen breiten Raum eingenommen. Darum sagen wir: Weg mit den Parteifahnen von den öffentlichen Gebäuden.

Was dem einen in U, ist dem andern in Nachtigall.

Das Ende des Kampfes.

Wiederaufnahme der Arbeit in ganz Mitteldeutschland.

Der Aktionsausfluß für den Generalstreik in Mitteldeutschland erläßt folgenden Aufruf an die streikenden Arbeiter Mitteldeutschlands: Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit der Reichsregierung haben zur Einigung geführt. Die Reichsregierung hat die Aufnahme der Betriebsräte, der Bezirksarbeitsräte und des Zentralarbeitsrates für alle Wirtschaftszweige in die Verfassung zugesichert. Wesentliche Regelungen sollen schnellstens erfolgen und bleibt abzuwarten. Die gesetzliche Festlegung der Dienstverpflichtung für Betriebsräte unter Jugendverpflichtung der Weimarer Verfassung. Alle weiteren Verordnungen über Betriebsräte usw. erfolgen durch die Behörden. Bis zur Auswahl von Betriebsräten bleiben die gegenwärtig arbeitenden Betriebsräte im Amt. In allen Betrieben ist die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Der Kampf ist zu Ende und ist so ausgegangen, wie er nicht anders ausgehen konnte, und wie wir es in unserer letzten Nummer vor dem Streit vorausgesehen haben. Politische Ziele sind keine erreicht worden. Die wirtschaftliche Forderung, die Forderung der Betriebsräte als wirtschaftliche Instanz, ein durchaus berechtigtes Begehren der Arbeiterschaft, daß wir von Anfang an mit aller Entschiedenheit unterstützt haben.

wäre auch ohne den Streit erreicht worden. Opfer seien rechts und links, blühende Menschen mußten sterben, Hunderte sich einsperren lassen und zeitweilen unglücklich machen, und Tausende mußten hungern, bitter hungern und den letzten Notpfennig aufzehren.

Alles dies wäre dem Volke erspart geblieben, wenn man von vornherein nur die eine berechtigte Forderung gestellt und ein

ehrliches Spiel

mit der Arbeiterschaft getrieben hätte. Wehe denen, die frontal diesen Titanenkampf herausgelockert haben, sie trifft die volle Verantwortung für all das Elend, dessen Spuren wir noch jahrelang nach dem Kampfe begreifen werden. In der Geschichte werden die Betrüger einst gebrandmarkt werden.

Aber eine Mahnung sei dieser Kampf auch an die Arbeiter: vorsichtig zu sein bei der Wahl ihrer Führer und nicht klammheimlich denen ihr

trauen zu schenken, die die größten Worte machen. Mehr nach dem Herzen schauen als nach dem Munde und nicht, wie es in letzter Zeit so oft geschah, mit Steinen auf diejenigen werfen, die es tatsächlich ehrlich mit der Arbeiterfrage meinen und darum nicht immer so leben können, wie es die große Masse wünscht, ihnen nicht, um ihre Günst zu erbitten.

große, unerfüllbare Versprechungen machen.

Sie sei den Arbeitern einmal zu Gemüte geführt, was Herr Koenen, der eine hervorragende Rolle bei diesem Streit gespielt hat, in einer Versammlung am 29. Januar sagte und was auch für diesen Streit zutrifft. Er sagte:

Das Volk ist verantwortlich für seine Führer; wenn es sich

wählt, muß es auch für deren Taten einstehen.

Gerichte.

In dieser erregten Zeit bilden sich Tausende Legenden und Gerüchte, die weder meteorologisch werden, manchen zu Tränen rühren und andere wieder aufs Äußerste erbittern. So wird auch erzählt, daß die Landesjäger bereits eine große Anzahl Todesurteile vollstreckt hätten und daß dabei vielfach Härten vorgekommen wären. Nach Informationen an anderer Stelle kann jedoch festgestellt werden, daß dies alles kein Todesurteil gestellt und vollstreckt worden ist.

Das Volksblatt, die Regierungstruppen und wir.

Der Einzug der Landesjäger während des Generalstreiks in Halle hat eine so große Erörterung gefunden und Bedeutung gehabt, daß wir mit noch einigen Worten darauf zurückkommen müssen. Wie wir schon in unserer ersten Nummer nach Wiederherstellung der von den Unabhängigen angebotenen Pressefreiheit mitteilen, hatten wir während der ersten Tage des Streiks Verbindung mit dem Reichswehrminister Platte bekommen und forderten, keine Regierungstruppen nach Halle zu senden. Der Druckverleger hatte uns einen bösen Streich gespielt und die Worte „es war Donnerstag“ in den ganz unlogischen Sinn „vor Donnerstag“ umgewandelt. Wir konnten jedoch noch in einem Zeile der Auflage jener Nummer den Fehler korrigieren, wie wir durch Belegexemplare beweisen können, außerdem brachten wir in der folgenden Nummer eine ausführliche Verteidigung. Das Volksblatt natürlich, das aus jeder Distanz hinstiegen muß, nur so, als glaube es nicht an einen Druckfehler und fällt mit einem Schimpfgeschrei über uns her. Das Volksblatt nimmt an, daß Reichswehrminister Platte, der Streik binnen kurzem und Doppeltgünstigkeit, die in seine Redaktion herricht, auch bei anderen beliebt. Nur so ist die Niederträchtigkeit zu erklären, anderen die Aufrichtigkeit abzutreten.

Es muß deshalb nochmals ausdrücklich festgehalten werden, daß der aus rund 15 Personen bestehende Aktionsausfluß der alten sozialdemokratischen Partei von vornherein wiederholt beschloß, auf die Regierung einzudringen, keine Regierungstruppen nach Halle zu senden. Als am Donnerstag die Zuführung von Weimarer eintraf, daß die Truppen vorläufig zurückgehalten werden, herrschte im ganzen Aktionsausfluß die größte Freude. Diese Tatsachen können alle Mitglieder des Ausschusses bezeugen und kann das Volksblatt auch bei ihren Gewährsmännern bei der Post erfahren. Letztere besitzen ja ohnehin vor dem Volksheim keine Achtung, wie die Veröffentlichung unserer ersten Telegramme an die Reichsregierung durch das Volksblatt beweist.

Der Zeitgedanke der alten sozialdemokratischen Partei für ihre Haltung war einzig und allein, den Unabhängigen keinen Grund für das Mitleiden des „Generalstreiks“ zu verschaffen. Wir waren überzeugt davon, daß der Streik binnen kurzer Zeit verhandelt werden würde, und daß den Unabhängigen nur ein Wohlgefallen bereitet wurde, wenn sie einen Grund ergäben, auf den sie das Mitleiden abwenden und abweisen konnten. Selbstig also schon aus dem Grunde, um den Unabhängigen eine Ausrede für ihre falschen Verdächtigungen zu nehmen, waren wir gegen die Verbeugung der Truppen.

Wenn es wirklich wahr sein sollte, daß die Regierung in Halle sich mit dem Einzug der Regierungstruppen

Kommen ist, so ist das Volkstblatt hieran mitteilhaftig. Das ist doch fast Monaten in der Beziehung der Verhandlungen das Verantwortlichste geblieben. ...

Den Einzug der Regimentsgruppen auch für die ostpreussischen und ganz gemeinen Münchener großen Stills verantwortlich zu machen, wie es vielfach geschieht, ist doch wohl der Gipfel der Verberdungsnacht. ...

Metallearbeiterverammlung und Stellungnahme zum Streikabbruch.

In einer in Weimar am Freitag abgehaltenen Verammlung nahmen die Metallearbeiter Stellung zu den Verhandlungen mit der Regierung in Weimar und General Meißner in Halle. ...

Die politische Lage, das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung, war die wichtigste Angelegenheit, die die Arbeiter in diesem Abende, alle Verhandlungen hätten die Arbeiter mit seinen Abänderungen ihrer Forderungen erreicht. ...

Von mehreren Rednern wurde verlangt, solange im Streit in Weimar wie die Truppen in Halle seien. Die Stimmung die eine gewisse Nachgiebigkeit der Reichsarmee erheblich gefördert wurde die Ersetzung von Kaufkraft mit General Meißner ...

Eine Arbeiterstimme zum Streit.

Es ist das Angebot der Könige, daß sie die Wahrheit nicht brechen wollen! Die Könige des Mittelalters, die Könige, die er dem preussischen König in der Zeit der bürgerlichen Revolution entgegensteht, stellen nicht nur für die Klasse der Könige, sondern mehr oder weniger für alle Menschen, und nicht zum wenigsten für die Arbeiterklasse. ...

Es wird lobend getadelt und geschrien von allgemeiner Instanz zur Arbeit, das trifft gewiß nicht zu. Aber eine überhandnehmende Instanz zum Streikabbruch, die die Arbeiter nicht ohne Zweifel erreicht. ...

Das Wahrsichtig zu allen Verträgen des deutschen Volkes ist das deutsche Gesetz. Jede notwendige Veränderung unserer wirtschaftlichen Verfassung für den Produktionsprozess kann nur auf parlamentarischen Wege durchzuführen. ...

Das Wahrsichtig zu allen Verträgen des deutschen Volkes ist das deutsche Gesetz. Jede notwendige Veränderung unserer wirtschaftlichen Verfassung für den Produktionsprozess kann nur auf parlamentarischen Wege durchzuführen. ...

Wahrung der täglichen Arbeitstätigkeit um eine halbe Stunde monatlich jahrelang gekämpft. Warum wurde nicht um die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter mehr gekämpft mit mehr Geduld der Weg der Verhandlungen beschritten? ...

Sonabend, den 22. Februar, kam es in unserer Werkstatt morgens 8 Uhr schon zu einer Besprechung, wegen der Besetzung des K. Reichslands. Die Stimmung, besonnen in den Streit zu treten, war noch geteilt. ...

Run entsetzte sich indes ein Komitee, das dem Ruf der russischen Revolution von 1905. ...

Wie kommen wir nun aus dieser Sackgasse heraus; denn wir Arbeiter, die in ihrer Mehrheit doch kaum vom Militär entlassen sind und uns dort keine Reue erwecken können haben leben ...

Unabhängige „Politik“

In München belästigt Herr Saase seine politischen Freunde, sich mit den Mehrheitssozialisten gegen Sozialismus und die Reaktionen von rechts zu vereinigen. ...

Rechter Hand, linker Hand, alles verkauft. Wenn das noch Politik ist, dann ist sie zumindest unabhängig von jeder Vernunft.

„Ruhe“

Von unabhängiger Seite wird sozial die Ruhe gelobt, die in Halle bisher geherricht habe. Wir können in diesen Begeisterungshumors nicht mit der gleichen Heiterung einstimmen. ...

Aus der heutigen Pressekonferenz.

In der vergangenen Nacht war Ruhe, nur aus einem Hause am Stadtheater wurde eine Handgranate geworfen, wodurch eine kurze Schießerei hervorgerufen wurde. ...

Beendigung des Streiks im Weinfelderberger Arbeiter.

Meinungs. In einer von mehreren Tausend Bergarbeitern besetzten Verammlung wurde am Grund der Kundgebung der Reichsregierung beschlossen, den Generalstreik zu beenden. ...

Die Sozialfrage vor der Nationalversammlung.

Beginn gegen 4 Uhr. Die Ernährungsinteraktion wird die Regierung Kommissar beantwortet. Sozialfrage, Nationalversammlung. ...

Legales Feld der Betätigung zu eröffnen. Dem Kolonnenführer unmittelbar eines der Räte folgen. ...

Hg. S. (Sa.). Die menschliche Arbeit ist als höchstes nationales Gut (jedem eine entsprechende geistliche Würdigung, Arbeit und Pflicht zur Arbeit wird beigegeben. ...

Hg. Dr. Debus (Ant.). Die private Gemeinnützigkeit hat im Arzte wahre Drogen (konzentriert). ...

Hg. Klemens (Deutscher). Wir können uns von der Sozialisierung sowohl für die Produktion als für die Arbeiter ...

Hg. Dr. Densburg (Dem.). Sozialisten können nur die hier zu gezielten Unternehmungen werden. ...

weiterberatung: Sonnabend vormittags 10 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte. „Genosse“ Dubielzig.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde am Bahnhof Gelsenkirchen der Ingenieur Dubielzig aus Braunschweig verhaftet, der in der Sozialistischen Partei ...

In die Genossen der U. S. P. D. und der K. P. D., der U. und S. Räte von Mühlheim, Dershausen, Düsseldorf und Herford-Dorfen. ...

Die Sozialistische Partei Deutschlands, Mitglied des U. und S. Rates Rothhausen, ist beantragt von den genannten U. und S. Räten Sprengelhof ...

Kommunistische Partei Deutschlands. Dubielzig (Stempel). Unabhängige sozialistische Partei Gelsenkirchen. ...

Kommunistische Partei Gelsenkirchen. Edmund Moorjart (Stempel). Kommunistische Partei Essen. ...

Die Volkswirtschaftler, die doch jedenfalls im Auftrage ihrer Partei oder wenigstens in deren Einverständnis handeln, waren sich wohl nicht darüber klar, ...

Der Generalstreik in Berlin. Folgender Kurznachrichte der mehrheitlich sozialistischen Fraktion der Arbeiterräte wird heute in Berlin verbreitet: ...

Arbeitervolk Berlins! Die Volkserhebung des Arbeiterrats für Groß-Berlin hat Donnerstag mit seiner Mehrheit beschlossen, ...

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Streikleitung haben daraufhin sofort ihren Rücktritt erklärt. ...

Aus rein parteipolitischen Gründen ist über die Bevölkerung Berlins, über Frauen und Kinder und Kranke selbst, eine grausame Strafmaßregel verhängt worden, die sich schlimmer als ein ununterbrochener Hunger nicht erinneren konnte! ...

Wenn es wolle, bereitet für das künftige Deutschland, das mit Wankerschreit, Hand und Fuß Berlin unfähig macht. ...

Das Wahrsichtig zu allen Verträgen des deutschen Volkes ist das deutsche Gesetz. Jede notwendige Veränderung unserer wirtschaftlichen Verfassung für den Produktionsprozess kann nur auf parlamentarischen Wege durchzuführen. ...

Das Wahrsichtig zu allen Verträgen des deutschen Volkes ist das deutsche Gesetz. Jede notwendige Veränderung unserer wirtschaftlichen Verfassung für den Produktionsprozess kann nur auf parlamentarischen Wege durchzuführen. ...

